

Vossische Zeitung



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vorzuziehen. Täglich: "Unterhaltungsblatt", "Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage "Zeithilf" und "Literarisches Umschau". — Mittwoch: "Reise und Wanderung". — Donnerstag: "Recht und Leben".

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Borchardt. Verantw. Red. (in Ausw.) Handelt. 1. v. K. Carl-Wolfgang Philipp. Bism. Div. Manuskripte werden nur zurückgen., wenn Forts beiliegen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postbesorgung: Berlin Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 2600-2685. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3688-2698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postbesorgungsbüro Berlin 680.

Vorstoß Hugenberg's

Hugenberg und Oberfohren bei Brüning / Die Deutschnationalen fordern Preußen / Brüning lehnt ab / Spaltung der Partei?

Die Abg. Dr. Hugenberg und Dr. Oberfohren haben gestern folgendes Schreiben an den Reichspräsidenten Dr. Brüning gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

Angesichts der Gefahr, vor denen sich Land und Volk befinden, erstanden wir uns, Ihnen aus unserer Verantwortung heraus als Oppositionspartei heraus die Frage vorzulegen, ob Sie zu sofortigen Verhandlungen mit den Unterzeichneten über die politische Gesamtlage bereit sind.

Mit vorläufiger Anrede: Dr. Hugenberg, Dr. Oberfohren.“

Auf diesen Brief hat der Reichspräsident die beiden Herren gestern nachmittag zu einer Besprechung in sein Arbeitszimmer im Reichstage eingeladen, die um 5 Uhr nachmittags im Beisein des Reichspräsidentenministers Dietrich begann und etwa 1 1/2 Stunden dauerte. Es sei gleich vorweggenommen, daß die Unterredung resultatlos endete. Ueber das, was Hugenberg dem Reichspräsidenten vorgebracht hat, wozu im Reichstage mehrere Versuche im Umlauf sind, an die, daß der deutschnationalen Parteiführer von Dr. Brüning die Bildung eines ausgesprochenen Reichs-Cabinetts durch Ausschließen des Justizministers Dr. Curtius und des Reichspräsidentenministers Dietrich und die Regelung dieser beiden Postenfürsille und des Reichswirtschafts-

ministeriums mit deutschnationalen Parteimitgliedern vorgelegt hat.

Es dürfte aber nicht zutreffen, daß Hugenberg bereits so spezifische Forderungen gestellt hat. Nach unserer Kenntnis ist er ziemlich allgemein einen Reichstages verlangt, eine Politik, vor allem auf wirtschaftlichen Gebieten, die ausgesprochen „anti“-marxistisch ist. Dabei war auch von der Landespolitik die Rede, und von den Young-Gesetzen. Das Hauptgewicht legte Dr. Hugenberg, wie von vornherein zu erwarten war, auf Preußen, wo die Deutschnationalen an die Macht gelangen sollten.

Der Reichspräsident hat die beiden deutschnationalen Führer darauf aufmerksam gemacht, daß er nicht die zuständige Stelle ist, über die Zusammenfassung der preussischen Regierung Erklärungen abzugeben. Er hat auch im übrigen keinen Hehl daraus gemacht, daß die Wünsche Hugenberg's nicht erfüllbar seien.

Das Charakteristische an der Unterredung war aber eine Bedingung Hugenberg's, die in der Relation zu den anderen Forderungen recht unwichtig erschien, auf die er aber das Hauptgewicht gelegt hat: die Vertragung der Verhältnisse in Preußen über den von Sozialdemokraten eingehenden Antrag auf Aufhebung der Rotverordnungen bis zum 1. Sept. Dieses Verlangen zeigte deutlich, was Hugenberg mit seinem Brief an den Reichspräsidenten bezweckt hat. Es handelt sich um ein Manöver, das Hugenberg vor einer Niederlage bewahren sollte, ähnlich jenen, die er im Frühjahr erlitt, als ein großer Teil der Fraktion seiner Parole, gegen die Streikgesetze zu stimmen und das Kabinett Brüning zu stützen, nicht folgen wollte.

Um das richtig zu verstehen, muß man den Worten Hugenberg's nachspüren. In der „Vossischen Zeitung“ ist vor einigen Tagen, als mit der Abfertigung der Rotverordnung auf Grund des Artikels 48 zu rechnen war, ausgeprochen worden: man müßte darauf vorbereitet sein, daß Hugenberg die Deutschnationalen wieder dazu bringen würde, mit den Sozialdemokraten und Kommunisten für die Aufhebung der Rotverordnung zu stimmen, um die schwierige parlamentarische Situation zur Staatskrise zuzuführen. Hugenberg will die Verbreiterung des parlamentarischen Systems, das Chaos der Finanzen, die Dauererschütterung des Artikels 48, wie er ja gestern dem Kanzler auch vorgezeichnet hat, die für den Herbst angedachte große Finanzreform mit dem Artikel 48 zu machen.

Er spricht darüber hinaus auch von einer Reichspräsidentenwahl, die nicht zurück, weil nach seiner Auffassung erst alles tapfer geschlagen werden muß, ehe sein und Hillers „drittes Reich“ entstehen kann. Deshalb ist es Hugenberg selbst auch gleichgültig, ob der Reichstag aufgelöst wird und ob die Deutschnationalen ein Drittel oder die Hälfte ihres Bestandes an die Sozialdemokraten abgeben, wenn man sehen die Nationalsozialisten Hillers' Forderung innewerd näher als die gemischte Gruppe seiner eigenen Partei.

Hugenberg's Brief an Brüning hatte den Zweck, die deutsch-nationale Fraktion zu zwingen, ihm bei der Abstimmung über die Aufhebung der Rotverordnungen gefolgsam Gefolgschaft zu leisten. Am Mittwoch haben nur vier Abgeordnete der Fraktion für die Deckungsordnung der Regierung gestimmt. Gegen zwei von ihnen, die Abgeordneten Baziile-Bierlein und Dohler ist bereits das Ausschlußverfahren eingeleitet worden.

Die ganze agrarische Gruppe sowie der Weltarp-Fraktionen sind aber bereit, die Aufhebung der Rotverordnungen zu verweigern. In dem Hugenberg'schen Brief an den Reichspräsidenten sind die Bedingungen einsehlich, indem er die Forderung stellte, einen ausgesprochenen Reichstages nicht nur im Reich, sondern auch in Preußen einzuführen, wollte er sich das Argument schaffen, mit dem er gegenüber seinen Opponenten in der Fraktion operieren konnte. Hugenberg hat von vornherein nicht auf ein Einverständnis des Reichspräsidenten und des Reichstages rechnen können. Er wollte nur in seinem eigenen Fraktionszimmer darauf hinwirken können, daß er alles getan habe, um eine Mehrheit der Deutschnationalen in der Regierung zu ermöglichen, daß die anderen bürgerlichen Parteien die Deutschnationalen aber gar nicht haben wollten.

Diese Juridivikologie sollte letzten Endes nicht nur bei der Fraktion, sondern auch an einer weit größeren Stelle wirken. Im Reichstag hat man die tatsächliche Bedeutung des Hugenberg-Manövers nicht verkannt und auch nicht unterdrückt. Aber die überwiegende Meinung war, daß jene Gruppe der Deutschnationalen, die sich im Herbst von der Fraktion ge-

Englands Antwort an Briand

Freundliche Ablehnung

Paris, 17. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Antwort der englischen Regierung auf das Memorandum des französischen Außenministers Briand wurde heute am Quai d'Orsay übergeben.

Wenn es zutrifft, daß von französischer Seite beim Foreign Office Schritte unternommen worden sind, um eine negative Antwort von englischer Seite zu verhindern, so muß heute, da die Antwort vorliegt, konstatiert werden, daß diese Schritte nicht gescheitert haben. Die englische Antwort kann kaum als positiv bezeichnet werden. Sie enthält nicht nur die üblichen Repliken, die alle europäischen Staaten in ihren Antworten formuliert haben, die englische Regierung geht in einigen Punkten bis zur Verweigerung der Briand'schen Ideen.

In Punkt 1 und 2 wird mitgeteilt, daß die Antwort Englands als provisorisch zu betrachten sei, da die Zeit bis zum Ablauf der von Briand bestimmten Frist nicht ausgereicht habe, die Vorläufe ihrer Bedeutung gemäß zu studieren. Auch die spezielle Stellung Englands und sein Verhältnis zu den Dominions lassen es unmöglich erscheinen, schon jetzt endgültig mit dem Briand'schen Projekt Stellung zu nehmen.

In Punkt 4 betont die englische Regierung die grundsätzliche Einverständnis mit dem von Briand, schon aus dem Grunde, weil die Ideen des Friedens das Axiom der englischen Politik darstellen. In Punkt 5 heißt die englische Regierung ihr Einverständnis mit der französischen Ansicht fest, daß besonders in wirtschaftlicher Beziehung ein enger Zusammenhang der Welt anzuvisieren der Weltwirtschaft vorteilhaft sei.

In Punkt 7 gibt die englische Regierung jedoch ihre Auffassung dahingehend Ausdruck, daß es ihr weder wünschenswert

noch notwendig erscheint, daß zu dem Zweck der Zusammenarbeit neue außerhalb des Völkerbundes agierende Institutionen ins Leben gerufen werden sollen. Briand, heißt es dann weiter, plane die Schöpfung einer neuen Europaratens, eines Weltwirtschafts- und vielleicht auch eines Europa-Sekretariats. Diese Institutionen über würden dem Völkerbund nicht organismisch angeschlossen. Es sei ferner, sich vorzustellen, wie diese neuen Büros funktionieren könnten, ohne mit den Kompetenzen des Völkerbundes in Kollisionen zu geraten.

Auf Grund dieser Erwägungen sei die englische Regierung der Ansicht zugehört, daß eine Verwirklichung gewisser Pläne Briand's die bestehenden Schwierigkeiten nicht nur nicht beseitigen, sondern noch vergrößern könne.

In Punkt 10 endlich stellt die englische Regierung die Forderung auf, wenn das Briand'sche Projekt realisiert werden sollte, es vollkommen in den Rahmen des Völkerbundes eingeschrieben werden müßte. Um dies Fängen alle zu können, stelle die britische Regierung anheim, dem Briand'schen Memorandum auf die Tagesordnung der nächsten Vorkonferenzen zu legen.

Als letzte die belgische

Paris, 17. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Am Quai d'Orsay sind in den letzten 24 Stunden sämtliche noch ausstehenden Antworten auf Briand's Memorandum eingegangen.

Die letzte, die jedoch noch nicht vorliegt, ist die der belgischen Regierung, die das Hauptgewicht auf die wirtschaftliche Seite des europäischen Problems legt. Sie sieht demgemäß die dringlichste Aufgabe in der Stabilisierung der Handelsvertragspolitik, im Wdau der Zollmauern, im Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Aufbruch im Unterhaus

Zwei Mitglieder ausgeschlossen

London, 17. Juli / Ullstein-Nachrichtendienst

Im Unterhaus hat sich heute nachmittag eine Szene abgespielt, wie in dieser Gattung des parlamentarischen Verfahrens und parlamentarischer Würde noch nicht vorgekommen ist.

Ein Teil des linken Flügels der Arbeiterschaft fand, daß die Regierung über die Finanzen über die in Sachen zu verfahrenen Politik nicht genügend präzise beantwortete, und begann lärmende Zwischenrufe zu machen. Schließlich ließ sich Mac Donnell genötigt, gegen einen seiner eigenen Parteigenossen, James Brodman, den Ausschluß aus der Sitzung wegen Ungehorsams gegen den Speaker zu beantragen.

Der Ausschluß wurde mit großer Mehrheit angenommen, läßt aber bei den Unzufriedenen Freunden des Ausschließenen neue

Stimmungen aus, und einer von ihnen, der Abgeordnete Decker, gerief bei Schluß des Unterhauses, die wache, das Speaker, das auf dem Sitz des Parties Dept. und von ihm alle Parlamentenmitglieder der Sitz und Ausreis zu verweigern, ergreif es und wolle es hinauswerfen, während die Sitzung unterbrochen wäre.

Es gab ein kurzes Stillsitzen mit einem der Beamten des Parlaments, doch der Speaker wieder auf den Sitz zurückgeführt. Decker wurde dann, gleichfalls auf Antrag seines Parteiführers Mac Donnell, wegen Störungserhebung mit 324 gegen 4 Stimmen auf unbestimmte Zeit vom Besuch des Unterhauses ausgeschlossen.

Der Wortlaut der vom Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 erlassenen Rotverordnungen findet sich in der dritten Beilage dieser Ausgabe.